



## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
23.07.2025 MOZ.de (Märkische Oderzeitung): Abriss-Firma und Ministerium streiten vor Gericht	4
23.07.2025 die tageszeitung: Atommüll bleibt finanziell eine Ewigkeitslast	6
22.07.2025 bietigheimerzeitung.de: AKW: Das Danach hat für alle Beteiligten längst begonnen	7
22.07.2025 klamm.de: Atomkraft im Mini-Format: Wie SMRs die Energiewelt neu sortieren	9

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

# Abriss-Firma und Ministerium streiten vor Gericht

Der Rückbau des KKW Rheinsberg ist eine heikle und gefährliche Angelegenheit, bei der die Arbeiter vor radioaktiver Strahlung geschützt werden müssen. Darum geht es in einem Prozess vor dem OVG.

Bereits seit 30 Jahren wird das KKW Rheinsberg – es war das erste Kernkraftwerk der DDR – zurückgebaut. Jetzt ist es bei der Frage, wie ein Detail dieser Arbeiten auszuführen ist, dazu gekommen, dass sich der Auftragnehmer und das brandenburgische Umweltministerium vor Gericht streiten.

Hintergrund der gerichtlichen Auseinandersetzung ist die Befürchtung seitens des Umweltministeriums, dass die Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN) gegen Auflagen des Arbeitsschutzes verstoßen könnte. Dabei geht es um Arbeiten, die in radioaktiv kontaminierten Bereichen ausgeführt werden müssen.

## EWN als Unternehmen des Bundes auch für Ex-KKW Greifswald zuständig

Die EWN ist als 100-prozentiges Unternehmen des Bundes – Gesellschafter und Geldgeber ist das Bundesfinanzministerium – ein Spezialist in Sachen KKW-Rückbau. Sie ist nicht nur verantwortlich für den Rückbau des Kernkraftwerks in Rheinsberg, sondern auch für den in Lubmin (bei Greifswald).

Das Unternehmen wirbt damit, als eines der führenden Dienstleistungsunternehmen für Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Anlagen das Know-how zu besitzen, um komplexe Aufgaben unter Beachtung „höchster Sicherheits-, Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsstandards“ zu erledigen. Das Potsdamer Umweltministerium scheint jedoch an dieser versprochenen Sicherheit in einer Detailfrage zu zweifeln.

## Das stillgelegte Kernkraftwerk Rheinsberg ist von Seen umgeben

Worum es geht, erläutert Thomas Jacob, Pressesprecher des Obergerichtspräsidenten Berlin-Brandenburg (OVG), an dem die Klage erstinstanzlich verhandelt wird: „Es geht um die Anordnung der Atombehörde, dass Vorschriften und Regeln zum Arbeitsschutz bei bestimmten Maßnahmen (des KKW-Rückbaus/Anm. d. Red.) einzuhalten sind.“ Im Speziellen handele es sich im vorliegenden Fall um Auflagen des Umweltministeriums, gegen die die EWN als Klägerin gerichtlich vorgeht.

Konkret geht es laut Jacob um zwei längliche Behälter, in denen sich radioaktiv kontaminierter Schlamm befindet. „Bevor dieser aus den Röhren herausgeholt werden kann, muss von diesem Schlamm eine Probe gezogen werden“, erläutert er weiter. Um das erledigen zu können, müsse ein Mitarbeiter in diesen Behälter hinein. „Der hat aber eine ziemlich kleine Öffnung. Da passt ein Mensch rein, aber eben nur der“, schildert Jacob die Ausgangslage für das Problem.

## EWN klagt gegen Sicherheitsauflagen des Umweltministeriums

Das aber könnte zum Verhängnis werden, wenn dem Arbeiter in der Röhre ein Arbeitsunfall passieren oder er ein gesundheitliches Problem bekommen würde. „Was geschieht dann mit ihm, wie bekommt man diesen Menschen heraus?“, stellt Jacob die Frage, die auch das Umweltministerium von der EWN geklärt wissen will. Diese hat-

te der Firma die Auflage erteilt, diese Frage des Arbeitsschutzes zu klären.

Damit wiederum ist die EWN nicht einverstanden, die die Meinung vertritt, dass die von Potsdam erteilten Auflagen zu weitgehend seien. Mit einer sogenannten Anfechtungsklage will das Unternehmen vor dem OVG erreichen, dass die Auflagen entfallen.

Fachlich detaillierter hätte das Kurt Radloff erklären können. Doch der Firmensprecher der EWN will sich darauf nicht einlassen: „Wir bitten um Verständnis, dass wir uns zum laufenden Verfahren nicht äußern werden“, bescheidet er eine Frage zu den technischen Details der Anlage in Rheinsberg und den auszuführenden Arbeiten.

Der beim OVG zuständige Senat hat die Klage am 8. Juli erstmals mündlich behandelt, aber noch keinen Beschluss gefasst. Laut Jacob hätten sich an diesem Verhandlungstag weitere Aspekte ergeben, die noch zu klären seien. Ein weiterer Verhandlungstag soll zeitnah anberaumt werden, ist aber noch nicht terminiert worden.

### Die Geschichte des Kernkraftwerks Rheinsberg

# Nachdem der Bau des Kernkraftwerks Rheinsberg 1956 beschlossen wurde, begannen 1960 die Bauarbeiten. 1966 wurde es in Betrieb genommen.

# Im KKW Rheinsberg arbeiteten etwa 650 Menschen. Für die Belegschaft wurde in Rheinsberg ein Wohngebiet gebaut, das noch heu-

te unter dem Namen KKW-Siedlung bekannt ist.

# Der schwerste bekannt gegebene Störfall in Rheinsberg war ein Rohr-riss im Kühlkreislauf, der schnell bemerkt und repariert wurde.

# Die reguläre Abschaltung war für 1992 vorgesehen. Wegen erheblicher Sicherheitsbedenken wurde das Kernkraftwerk aber schon am 1. Juni 1990 außer Betrieb genommen.

# Die radioaktiv strahlenden Materialien werden per Castortransport in das Zwischenlager Nord beim KKW Greifswald transportiert. 2007 erfolgte dorthin der Transport des Reaktordruckbehälters.

# Die Kosten für den 1995 begonnenen Abriss wurden 2010 auf mehr

als einer Milliarde Euro beziffert und dürften jetzt deutlich höher liegen. Galt für den Abschluss des Abrisses anfangs das Jahr 2018, ist jetzt von Anfang der 2040er-Jahre die Rede.

# Im Bereich des Kernkraftwerks ist das Grundwasser aufgrund eines damals gemeingehaltenen Störfalls radioaktiv kontaminiert. Im Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, das aus schlichtem Beton errichtet worden war, traten in den 1970er-Jahren Risse auf, durch die laut Stasi-Akten 750 Tonnen kontaminiertes Wasser austraten. (mit Wikipedia)

unteren Verwaltungsgericht in Potsdam gelandet ist, hat laut Verwaltungsgerichtssprecher Ruben Langer mit dem bundesdeutschen Atomrecht zu tun. Das lege fest, dass Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Stilllegung und dem Abbau von Atomkraftwerken sofort an das zuständige OVG gehen. Damit soll erreicht werden, solche Fragen der Atomsicherheit möglichst schnell zu klären.

Der Rückbau des KKW Rheinsberg ist ein Generationen dauerndes Projekt, das 1995 begonnen wurde. Laut EWN-Sprecher Radloff soll das Vorhaben „nach aktuellem Stand Anfang der 2040er-Jahre beendet sein“.

Dass der juristische Streit in erster Instanz sofort beim OVG und nicht beim

Wörter:	885	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Roland Becker	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	101.066 <sup>1</sup>
Mediengattung:	Online News	Unique Users (UUpD):	11.000 <sup>2</sup>
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.moz.de/lokales/neuruppin/atomkraftwerk-rheinsberg-abriss-firma-und-ministerium-streiten-vor-gericht-78193588.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 03-2025

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

# Atommüll bleibt finanziell eine Ewigkeitslast

Hohe Ausgaben für radioaktive Hinterlassenschaften lassen weniger Spielraum für Naturschutz

„Der Atommüll frisst den Umweltschutz auf“ – so kommentiert Wolfgang Ehmeke von der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg den Haushaltsentwurf des Bundesumweltministeriums für 2025. Minister Carsten Schneider (SPD) beziffert das Gesamtvolumen seines Haushalts mit 2,7 Milliarden Euro, das sind gerade mal 287 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Von dieser Summe schlagen die Zwischenlagerung von Atommüll und die Suche nach einem Endlager mit insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro zu Buche – die radioaktiven Abfälle bleiben also auch finanziell eine Ewigkeitslast. Dagegen sind für den Natur- und Umweltschutz nur etwa 400 Millionen Euro vorgesehen. Das Endlagerprojekt in Gorleben verschlingt auch nach seinem Scheitern viel Geld. Die Kosten für die Verfüllung des früheren Erkundungsbergwerks und den Abriss der oberirdischen Anlagen steigen laut Entwurf von 20 Millionen Euro im Jahr 2024 auf nun 33 Millionen. Im Vergleich zu den Kosten für die Sanierung des ma-

roden Atommülllagers Asse bei Wolfenbüttel nehmen sich die Ausgaben für Gorleben allerdings fast bescheiden aus. In das frühere Salzbergwerk Asse II wurden zwischen 1967 und 1978 rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen versenkt. Weil die Grube instabil ist und mit Wasser vollzulaufen droht, sollen die Behälter nach Möglichkeit geborgen und an die Oberfläche geholt werden. Für die Arbeiten will Schneiders Ministerium in diesem Jahr rund 206 Millionen Euro ausgeben.

Einen weiteren großen Posten bildet die Zwischenlagerung der radioaktiven Abfälle. Sie verschlingt im aktuellen Haushaltsjahr 535 Millionen Euro. Der Atomkraftexperte Dirk Seifert verweist in seinem Blog „umweltFAIRaendern“ darauf, dass weitere Milliardenbeträge für den Umgang mit den radioaktiven Hinterlassenschaften in die Etats anderer Ministerien eingestellt sind. Das Forschungsministerium ist für sämtli-

che Nuklearanlagen und Abfälle aus der staatlichen Atomforschung vergangener Jahrzehnte verantwortlich. Das Finanzministerium ist aufgrund der Einigungsverträge für den Rückbau und die Atommülllagerung des ehemaligen AKW Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Erst vor wenigen Tagen, so Seifert, habe es hier neue Hiobsbotschaften über die explodierenden Kosten gegeben, die inzwischen auf 10 Milliarden Euro oder mehr veranschlagt würden.

Ein Teil der Kosten für die Atommülllagerung wird durch den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (Kenfo) gegen finanziert. CDU, SPD, FDP und Grüne hatten diesen Fonds 2017 als Stiftung etabliert. Die großen Energiekonzerne und AKW-Betreiber zahlten damals einmalig 24 Milliarden Euro ein und waren damit auf einen Schlag von aller weiteren finanziellen Haftung für den Atommüll befreit.

Wörter:	385	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Von Reimar Paul	Nummer:	20250723
Seite:	9 bis 9	Ausgabe:	Einzelausgabe
Rubrik:	wirtschaft + umwelt	Auflage:	26.912 (gedruckt) <sup>1</sup>
Medienkanal:	PRINT		48.884 (verkauft) <sup>1</sup>
Mediengattung:	Tageszeitung		51.404 (verbreitet) <sup>1</sup>
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,2951 (in Mio) <sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 1/2025  
<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Kreis Ludwigsburg

## AKW: Das Danach hat für alle Beteiligten längst begonnen

Welche Herausforderungen kommen auf ehemalige AKW-Standorte wie Gemmrigheim und Neckarwestheim zu?

Das Thema Energiegewinnung durch Kernkraft ist, bedingt durch den Atomausstieg in Deutschland Geschichte. Nachdem im Jahr 2023 die letzten verbliebenen Reaktoren – Emsland, Isar II sowie Neckarwestheim II – endgültig vom Netz gegangen waren, gibt es keine Energie mehr aus heimischen Kraftwerken dieses Typus.

Mit der Abschaltung und/oder Stilllegung der Anlagen ist es nicht getan, denn auf Grund der seit Langem entstandenen radioaktiven Abfällen stellt sich für die Standorte der ehemaligen Kernkraftwerke allesamt die gleiche Fragen – wie geht man mit dieser Altlast um?

Und vor allem: Welche Konsequenzen resultieren daraus für die bestehenden Zwischenlager? Wer wird in die Suche nach einem geeigneten Endlager, welches den Müll aller Zwischenlager aufnehmen kann und wird, eingebunden?

### Zwei Forderungen der AKWs stehen im Raum

Diese Herausforderungen hat sich die die Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland (ASKETA) auf die Fahnen geschrieben. Bei deren Jahrestagung in Geesthacht bei Hamburg, gleichzeitig Standort des ehemaligen AKW „Krümmel“, nahmen auch die beiden Rathauschefs von Neckarwestheim und Gemmrigheim, Jochen Winkler und Dr. Jörg Frauhammer (Foto: Oliver Bürkle), teil.

„Zwei Forderungen standen hierbei im Vordergrund“, sagt Frauhammer im BZ-Gespräch. „Einmal, dass die Fristen für die Endlagersuche möglichst verkürzt und, ohne Sicherheitsfragen zu

vernachlässigen, zumindest eingehalten werden.“

Schon heute gehe man seitens der ASKETA davon aus, dass, sollte ein solches Endlager gefunden werden, schon alleine für den Einlagerungsprozess der Abfälle ein Zeithorizont von mindestens 30 Jahren realistisch sei. Zudem bestünden die Bürgermeister aller 15 Kommunen, die ehemalige Standorte eines Kernkraftwerks sind, auf Kompensationszahlungen.

Unter anderem deshalb, weil deren Grundstücke durch die Zwischenlager nicht anderweitig genutzt werden können. Man bewege sich bei dieser Forderung der ASKETA „in einem Größenbereich von einem Sockelbetrag von zwei Millionen Euro pro Standort und Jahr“, sagt auch Neckarwestheims Bürgermeister Jochen Winkler. Darüber hinaus, so Frauhammer, fordere man pro eingelagertem Castorbehälter weitere 10.000 Euro pro Jahr vor dem Hintergrund einer Anpassung, die sich nach dem entsprechenden jährlichen Preisindex richte.

### Hauptlast der Zwischenlagerung tragen die AKWs

Diese Forderung, so beide Rathauschefs unisono, orientiere sich an den bestehenden Regelungen in Ahaus und Gorleben, wo, und dies bereits seit 41 Jahren, solche Kompensationszahlungen an die beiden Kommunen flössen. Hier dürften jene restlichen Gemeinden nicht leer ausgehen, nur weil für diese die Abmachung noch nicht gelte. Frauhammer: „Man hat hier vor Jahren zwei Präzedenzfälle geschaffen, das ist opportun. Jedoch darf es im Sinne der

Gleichbehandlung dabei nicht bleiben, denn wir wollen gleiches Recht für alle.“

Schließlich trage man auch in Neckarwestheim und Gemmrigheim die Hauptlast der Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle – eine Aufgabe, so Frauhammer, die mit erheblichen Herausforderungen verbunden sei, und dies nicht nur infrastrukturell, „sondern auch in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, planerischer und sicherheitstechnischer Hinsicht.“

All die ehemaligen AKW-Standorte trügen diese Verantwortung schließlich nicht erst seit gestern, gibt der Gemmrigheimer Schultes zu bedenken. Viele von ihnen seien bereits seit Jahrzehnten mit der Lagerung radioaktiver Stoffe betraut und würden diese Rolle auch in den kommenden Jahrzehnten übernehmen müssen. Diese dauerhafte Belastung könne jedoch nicht einseitig auf kommunaler Ebene getragen werden, sondern müsse, so auch die Forderung aus den beiden Rathäusern der Neckargemeinden, fair ausgeglichen werden und zwar in finanzieller, rechtlicher und auch politischer Hinsicht.

Frauhammer: „Der radioaktive Abfall wird aktuell in Zwischenlagern aufbewahrt, und zwar so lange, bis ein geeignetes Endlager gefunden wird. Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung hat während der ASKETA-Tagung bestätigt, dass sie die Verlängerung erster Zwischenlagereignisungen, die 2034 auslaufen werden, voraussichtlich nächstes Jahr beantragen werden, weitere Anträge sollen folgen.“

**Thema wird noch Generationen beschäftigen**

Will heißen: Das Themenkonstrukt um die Lagerung der radioaktiven Abfälle in Zwischen- und wo auch immer angesiedelten Endlagern, wie auch die Zahlungen an die Gemeinden wird noch

lange von sich reden machen. Nicht nur in den kommenden Jahren, sondern in den kommenden Jahrzehnten bis in die Nähe der kommenden Jahrhundertwende. So werden sich noch Genera-

tionen mit dem zu beschäftigen haben, was die ASKETA, aber auch Jochen Winkler, Jörg Frauhammer, derzeit umtreibt.

Wörter: 661  
Autor/-in: Markus Wirth  
Ressort: Schlossfestspiele Ludwigsburg  
Rubrik: Ludwigsburg  
Medienkanal: ONLINE  
Mediengattung: Online News  
Medientyp: ONLINEMEDIEN  
Weblink: <https://www.bietigheimerzeitung.de/inhalt.kreis-ludwigsburg-akw-das-danach-hat-fuer-alle-beteiligten-laengst-begonnen.df0c77f8-e37d-49e2-8496-9a7c23d3e824.html>

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 klamm.de

## Atomkraft im Mini-Format: Wie SMRs die Energiewelt neu sortieren

22. Juli 2025 18:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Es klingt paradox: Ausgerechnet in einer Zeit, in der große Atomkraftwerke aus Kostengründen und Bauverzögerungen zunehmend kritisch gesehen werden, feiern viele Staaten das Comeback der Kernenergie – nur eben in kleinerem Maßstab.

Die neue Hoffnung trägt den Namen „Small Modular Reactor“, kurz SMR. Ihre Besonderheit: Sie sind nicht größer als ein Einfamilienhaus, lassen sich in Serie produzieren und versprechen neben Strom auch Wärme für Städte oder Energie für die Industrie.

Dass ausgerechnet ein Triebwerkshersteller wie Rolls-Royce mit an vorderster Front steht, wirkt zunächst kurios, ist aber schnell erklärt: Die Technologie stammt ursprünglich aus dem U-Boot-Bau. Jetzt soll sie zivil zum Einsatz kommen.

In China läuft der Bau des weltweit ersten kommerziellen landgestützten SMR bereits seit 2022. Der Prototyp auf Hainan, ein ACP100-Reaktor, soll ab 2026 Strom liefern. Die Technologie ist erprobt, die Pläne konkret. Anders als in Deutschland, wo über Endlager gestritten wird, entstehen in China bereits die ersten Werke.

Auch in Kanada tut sich etwas. Der Reaktor BWRX-300 – entwickelt von General Electric und Hitachi – hat dort eine Baulizenz erhalten. Geplant sind vier Module, das erste soll 2029 ans Netz. Die Bauzeit: nur drei Jahre. Für Atomkraft ist das fast Lichtgeschwindigkeit.

In den USA musste dagegen der einst gefeierte Pionier NuScale einen Rückschlag hinnehmen: Der Bau einer Pilotanlage in Idaho wurde gestoppt, die Kosten waren explodiert. Trotzdem verhandelt das Unternehmen mit Rumänien über einen möglichen Einstieg. Der Bedarf ist da – und der politische Wille vielerorts auch.

Rolls-Royce SMR will gleich eine ganze Fabrik bauen – und zwar in Großbritannien. Standorte sind bereits ausgewählt. Die Produktion soll zentral erfolgen, der Bau vor Ort dann nur noch wenige Jahre dauern.

Neben dem Heimatmarkt hat sich bereits ein Abnehmer gefunden: Tschechien will ein SMR von Rolls-Royce zur Strom- und Fernwärmeproduktion einsetzen. Die Technologie basiert auf Reaktoren, die seit Jahrzehnten in britischen Atom-U-Booten laufen.

Während viele Anbieter auf bewährte Technologien im Kleinformat setzen (Generation III+), geht eine neue Reaktor-Generation noch weiter: Sie experimentiert mit Helium, geschmolzenem Salz oder Blei als Kühlmittel. Auch die Brennstoffe sind neu: weniger Abfall, höhere Temperaturen, mehr Effizienz. Namen wie HALEU oder TRISO kursieren in den Entwicklungsplänen.

Doch hier zeigt sich auch das Problem: Für diese neuartigen Konzepte gibt es kaum Erfahrung. Genehmigungen dauern, Betriebserfahrungen fehlen. Erste Anlagen wie jene von Bill Gates' Firma Terrapower oder Google-finanzierte Projekte von Kairos Power sind in Planung – doch der Weg zur Serienreife ist lang und teuer.

Unabhängig vom Reaktortyp gilt: Ohne staatliche Unterstützung wird kein SMR ans Netz gehen. Die hohen Investitionen zu Beginn schrecken private Investoren ab. Deshalb setzen viele Länder auf Förderinstrumente wie Staatsgarantien, Differenzverträge oder Modelle wie die „Regulated Asset Base“, bekannt aus Großbritannien. Auch Kanada, Schweden und die USA greifen tief in die Tasche, um die neue Atomära überhaupt erst zu ermöglichen.

Die Unternehmensberatung Arthur D. Little empfiehlt sogar, sich an der dänischen Windbranche zu orientieren: gezielte Subventionen, Steuererleichterungen, klare Ausbauziele. So sei es Dänemark gelungen, binnen weniger Jahrzehnte Weltmarktführer zu werden. Warum nicht auch bei SMRs?

Während andere bauen, diskutiert Deutschland. Die drei letzten Reaktoren wurden 2023 abgeschaltet. Auch über SMRs wird hierzulande nicht ernsthaft nachgedacht. Kein Hersteller, kein Pilotprojekt, keine politische Unterstützung. Und das, obwohl gerade Industrie, Wärmenetze oder Rechenzentren vom dezentralen Einsatz kleiner Reaktoren profitieren könnten.

Stattdessen wird der Strom aus Ländern importiert, die auf Atomkraft setzen – Frankreich, Schweden, bald auch Tschechien. Deutschland hat sich selbst ins Abseits gestellt und setzt weiterhin fast ausschließlich auf Wind und Sonne – mit allen bekannten Herausforderungen für die Netzstabilität.

SMRs sind keine Wundermaschinen. Sie produzieren radioaktiven Abfall, benötigen Sicherheitssysteme, kosten viel Geld. Aber sie bieten Lösungen, wo Windräder und Solarparks an Grenzen stoßen – etwa bei der Versorgung energieintensiver Industrien oder beim Ausbau der Fernwärme. Und sie könnten dazu beitragen, die Abhängigkeit von Kohle, Gas und globalen Lieferketten zu verringern.

Der Markt formiert sich gerade. Wer jetzt investiert, könnte später profitieren. Wer abwartet, wird künftig Strom importieren – vielleicht aus einem SMR irgendwo in der Nähe von Prag oder im Süden Frankreichs.